

Interpellation Zora Schneider (PdA): Struktureller Rassismus, seine Gegenwart und seine Geschichte in Bern – Wie begegnet ihm die Stadt Bern?

«Der Bund» vom 14.03.2019 berichtete über ein rassistisches Wandgemälde im Schulhaus Wylergut. Man hatte schon versucht, das Bild mit einem anderen zu überdecken, aber die Überdeckung hat sich wieder gelöst. Im Moment arbeitet wieder eine Gruppe von Lehrpersonen an einem Wandbehang, der das rassistische Bild verhüllen soll. Gemeinderätin Teuscher sagte auf die Medienanfrage, sie wolle sich das Schulhaus anschauen, hat die Schulleitung kontaktiert und will mit der Abteilung Kultur und der Denkmalpflege eine Lösung finden, um das Bild zu ersetzen. Teuscher ist sich nicht sicher, ob sich solche Darstellungen auch in anderen Schulhäusern finden. Sie hat der Presse mitgeteilt, dass sie bei den Schulleitungen nachfragen wird.

Der Artikel verweist auch auf eine frühere Diskussion von 2014 rund um das Wappen-Symbol der Berner Zunft zum Mohren. In der Folge beauftragte der Gemeinderat die Stiftung Cooperaxion damit, ein Inventar rassistischer Darstellungen in der Stadt Bern zu erstellen. Das Projekt «City-Mapping: Bern postkolonial» macht koloniale Spuren in der Stadt Bern mithilfe einer Webseite sichtbar und will damit zu einem besseren Verständnis von Geschichte und Gegenwart der Schweiz im globalen Kontext beitragen, so die Webseite von Cooperaxion. Bis im Mai 2019 werden Rechercheergebnisse geordnet, koloniale Spuren verortet, sortiert, Hintergrundtexte und ein Glossar erarbeitet und für eine Webseite aufbereitet, die dazu entstehen soll. Es ist also davon auszugehen, dass bis im Mai 2019 erste Rechercheergebnisse vorliegen. Das ganze Projekt soll im November 2019 abgeschlossen sein.

In einem Interview zum Wandbild im Schulhaus Wylergut hat sich auch Rohit Jain vom Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft ISEK, Geschäftsleiter «Institut Neue Schweiz», zu Wort gemeldet. Er sieht ein Problem darin, dass die Diskussionen um Rassismus oft nur entlang von Einzelfällen geführt werden, wie es im vorliegenden Zeitungsartikel auch der Fall war. Dabei gehe die übergeordnete Debatte völlig vergessen. Die Frage sei: «Wie lösen wir das strukturelle Problem, das den Rassismus begünstigt?».

Ich habe deshalb folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist es richtig, das Wandgemälde nur zu überdecken, wenn sich schon die letzte Überdeckung wieder gelöst hat?
2. Inwiefern sieht es der Gemeinderat als Aufgabe von einer «Gruppe von Lehrern», Lösungen für die Rassismusthematik in Form des Wandgemäldes zu finden?
3. Welche Lösung hat Gemeinderätin Teuscher zusammen mit der Abteilung Kultur und der Denkmalpflege gefunden?
4. Sind auch in weiteren Schulhäusern in Bern solche Bilder zu finden?
5. Hat der Gemeinderat schon Zugang zum 2014 in Auftrag gegebenen Inventar rassistischer Darstellungen in der Stadt Bern der Stiftung Cooperaxion; wenn ja, wann wird er sie veröffentlichen? Wenn nein, wann erwartet er die Ergebnisse?
6. Gibt es eine Möglichkeit, den Lehrerinnen und Lehrern wissenschaftlich erarbeitetes Material zukommen zu lassen, so dass sie das Thema struktureller Rassismus in den Schulen mit guter Grundlage thematisieren können?
7. Mit welchen Mitteln ausser der Sensibilisierungskampagne durch die jährlich stattfindende «Aktionswoche gegen Rassismus» will der Gemeinderat strukturellen Rassismus erkennen und mit welchen Massnahmen will er ihn bekämpfen?
8. Hat der Gemeinderat eine Strategie gegen den strukturellen Rassismus?
9. Ist er sich auch des strukturellen Rassismus im Flüchtlingsbereich bewusst? Wenn ja, worin erkennt er ihn?

Bern, 21. Mai 2019

Erstunterzeichnende: Zora Schneider

Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Angela Falk, Luzius Theiler

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich des Themas des strukturellen Rassismus sehr bewusst und er setzt sich mit verschiedenen Massnahmen dagegen ein (vgl. dazu die Antwort auf die Fragen 7 und 8). Die Fragen der Interpellanten/Interpellantinnen beantwortet er wie folgt:

Zu Frage 1 bis 3:

Die Frage, ob es richtig sei, das Wandgemälde zu überdecken, wurde in der Stadtverwaltung intensiv diskutiert. Verschiedene Personen wurden in die Diskussion einbezogen, unter anderem auch aus der Lehrerschaft. Der Gemeinderat erachtet es aber nicht als «Aufgabe einer Gruppe von Lehrern», Lösungen für die Rassismusthematik in Form des Wandgemäldes zu finden. Die Stadt Bern will vielmehr am Beispiel des historischen Wandalphabets im Schulhaus Wylergut die Aufarbeitung und den Umgang mit dem Kulturerbe der Kolonialzeit im öffentlichen Raum vorantreiben. Es wurde daher entschieden, das Wandbild als historisches Zeugnis eines überholten Weltbilds zu erhalten, das implizit rassistisch geprägte Kunstwerk jedoch im Rahmen eines Projekts zeitgenössisch zu verorten und zu diskutieren. Das Wandbild ist im Hinblick auf die notwendige gesellschaftliche Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung problematisch und soll in dieser Form nicht unkommentiert präsent bleiben. Die Kommission für Kunst im öffentlichen Raum hat daher eine Fachjury mit der Ausschreibung beauftragt. Über eine Ausschreibung werden Vorschläge für eine künstlerische Arbeit gesucht, die das rassistisch geprägte Werk kritisch und zeitgemäss einordnet. Der Wettbewerb wurde Anfang September 2019 ausgeschrieben. Es ist vorgesehen, dass die Teilnehmenden ihre Vorschläge im Rahmen des 10. Jubiläums der Aktionswoche gegen Rassismus (21. bis 27. März 2020) öffentlich präsentieren. Für die Realisation des von der Jury empfohlenen Projekts ist die Zeit von Anfang April bis Ende Juli 2020 vorgesehen.

Zu Frage 4:

Nein. Das Schulamt hat eine Umfrage in den Schulen von Bern gemacht und diese Umfrage hat keine weiteren Exponate mit rassistischen Darstellungen zutage gebracht.

Zu Frage 5:

Die Stiftung Cooperaxion wird das von ihr erarbeitete City Mapping «auf den Spuren des Kolonialismus» voraussichtlich im März 2020 im Kunstmuseum Bern präsentieren. Danach wird das City Mapping öffentlich zugänglich sein.

Zu Frage 6:

Der Wettbewerb für das Schulhaus Wylergut verlangt unter anderem einen konkreten Input für die zeitgemässe Behandlung des Wandbilds (respektive dessen Thematik) im Schulalltag. Dieser Input soll innerhalb des für die Umsetzung ausgewählten Projekts insgesamt zur Verfügung stehenden Budgets realisiert werden. Bei umfangreicheren Vorschlägen für ein Lernmedium, welche das Realisierungsbudget deutlich überschreiten würden, kann dieser Input auch erst in Form eines Prototyps oder Entwurfs für ein Lehrmittel eingereicht werden, dessen Ausarbeitung und Produktion dann in einem folgenden Schritt zusätzlich zu finanzieren wäre. Bereits jetzt gibt es Unterrichtsmaterialien zum Thema Rassismus, die den Lehrpersonen für ihre Unterrichtsgestaltung zugänglich sind.

Zu den Frage 7 und 8:

Die Stadt Bern versteht die Bekämpfung von Rassismus und den Diskriminierungsschutz als wichtigen Teil ihrer Integrationspolitik. Deshalb ist sie seit 2009 Mitglied der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) und setzt eine ganze Reihe von Massnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung um. Zum Beispiel fördert das Ziel 17 des Schwerpunkte-Plans Integration 2018 - 2021 die Intensivierung der internen und externen «Information und Sensibilisierung zu Rassismus und rassistischer Diskriminierung und unterstützt Aktivitäten von Dritten zur Auseinandersetzung mit dem Thema». Es werden interne Schulungen (Diversity-Trainings, Führungsausbildungen etc.) durchgeführt und das KI fungiert (neben der Ombudsstelle) als verwaltungsinterne Melde- und Beratungsstelle zum Thema «Rassismus und Diskriminierung». Im Auftrag der Stadt Bern unterstützt und berät das gggfon (Informations- und Beratungsstelle gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus) Betroffene, Interessierte und Behörden kostenlos bei Fragen zu Rassismus, Diskriminierung, Gewalt und Zivilcourage. Weiter setzt sich die Stadt Bern im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwa gegen Racial Profiling ein (Beispielsweise Teilnahme im Projekt Dialog 3 mit Vertretern der Kantonspolizei, der Stadtverwaltung und Communities) und hat 2019 zwei Projekte für Jugendliche unterstützt: „Wir müssen reden! Berner Stammtisch gegen Rassismus für Jugendliche“ und „Anti-Rassismus-Training Act & React“.

Die im Jahr 2020 zum 10. Mal stattfindende Aktionswoche gegen Rassismus setzt sich in vielfältiger Art mit den Themen Rassismus und Antidiskriminierung auseinander und macht die langjährige Arbeit der Stadt Bern und ihrer Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner in diesem Bereich sichtbar. Die Aktionswoche dient nicht nur der Sensibilisierung der Bevölkerung, sondern hat auch die Stärkung der Netzwerke von Personen und Organisationen, die sich gegen Rassismus einsetzen sowie das „Empowerment“ der von Rassismus betroffenen Personen zum Ziel.

Zu Frage 9:

Der Gemeinderat ist sich dieses Themas bewusst. Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich sind erschwerten Lebensbedingungen ausgesetzt, einige davon sind in rechtlichen Vorgaben zu verorten wie beispielsweise der Zugang zum Arbeitsmarkt (Bewilligungsaufgaben), der Familiennachzug oder die tiefen Sozialhilfeeansätze. Die Unsicherheit bezüglich ihrer Zukunft in der Schweiz (bei Asylsuchenden und vorläufigen Aufgenommenen), die reduzierten Sozialhilfeleistungen (im Vergleich zu der einheimischen Bevölkerung), der dadurch limitierte Zugang zu adäquatem Wohnraum, der erschwerte Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmarkt (wegen mangelnden Sprachkenntnissen, keine in der Schweiz anerkannte Diplome und fehlende Arbeitserfahrung in der CH) sind einige Aspekte dieser ungleichen Stellung.

Das Kompetenzzentrum Integration KI ist im Auftrag der kantonalen Polizei- und Militärdirektion (POM) verantwortlich für die Betreuung und Unterstützung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen, welche in Bern, Muri und Köniz wohnhaft sind. Im Rahmen dieses Auftrags werden, nebst der Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen, Wohnräume zur Verfügung gestellt und diverse Beschäftigungseinsätze und Arbeitstrainings sowie Integrationsberatung angeboten. Der Gemeinderat sowie das KI sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagiert, die erwähnten Hürden abzubauen (beispielsweise durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und mittels Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen) respektive die Zielgruppe dahingehend zu unterstützen, bestehende Hürden zu überwinden.

Bern, 11. September 2019

Der Gemeinderat